FDP - Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie	Andrea Sperling
Anschrift	Rathaus Barmen Johannes-Rau-Platz 1 42275 Wuppertal
Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	563-6272 563-8573 sperling@fdp-wuppertal.de
Datum	01.02.2007
Drucks. Nr.	**VO/0113/07** öffentlich

An
Herrn Oberbürgermeister
Peter Jung
Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1

42275 Wuppertal

Große Anfrage

Zur Sitzung am	Gremium
12.02.2007	**Rat der Stadt Wuppertal**

Überprüfung von sozialen Arbeitsgelegenheiten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat jetzt einen Forschungsbericht vorgelegt, der sich „mit den betrieblichen Einschätzungen sozialer Arbeitsgelegenheiten und mit den gesamtwirtschaftlichen Effekten, die aus ihrem Einsatz resultieren, unter anderem in Hinblick auf eine Verdrängung regulärer (ungeförderter) Beschäftigung“, befasst (vgl. IAB Forschungsbericht Nr. 2/2007 S. 6). Ergebnis der Untersuchung ist, dass etwa jeder zweite Betrieb zumindest einen Teil seiner beschäftigten Zusatzjobber nicht im Sine des Gesetzgebers einsetzt: „So nutzt ein Teil der Betriebe Soziale Arbeitsgelegenheiten für unerlaubte Tätigkeiten, wie zum Beispiel für Krankheitsvertretungen oder Überstundenabbau der regulären Belegschaft. In einigen Fällen werden Zusatzjobs zum Personalabbau genutzt (direkte Subvention von Arbeitsplätzen), häufiger werden Arbeiten der regulären Belegschaft auf Zusatzjobber übertragen (schleichende Substitution von Arbeitsplätzen), was längerfristig ebenfalls zum Personalabbau bei der regulären Belegschaft führen kann.“ (Vgl. IAB Forschungsbericht Nr. 2/2007 S. 61) Gleichzeitig zeigt der Bericht eine Reihe von Mängeln der Arbeitsvermittlung auf, mit diesem Instrument (soziale Arbeitsgelegenheiten) den erfolgreichen Übergang in den ersten Arbeitsmarkt zu ebnen.

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal fragt hierzu an:

(1) Um wie viele soziale Arbeitsgelegenheiten, die nicht im Sinne des Gesetzgebers eingesetzt werden, handelt es sich in Wuppertal, wenn die Ergebnisse des Forschungsberichtes entsprechend heruntergerechnet werden? Entspricht dieses Ergebnis der Einschätzung und Beobachtung durch die Verwaltung? Falls nein: Warum ist die Verwaltung der Auffassung, dass die Situation in Wuppertal anders sein soll als im Forschungsbericht dargestellt?

(2) Wie bzw. mit welchen Instrumenten wird in Wuppertal zu verhindern versucht, dass durch den unzulässigen Einsatz sozialer Arbeitsgelegenheiten die Arbeitslosigkeit an anderer Stelle durch Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsmöglichkeiten steigt?

(3) Sind die Instrumente zuverlässig und erfolgreich, d.h. kann in Wuppertal der unzulässige Einsatz von sozialen Arbeitsgelegenheiten ausgeschlossen werden?

(4) Gibt es regelmäßige Kontakte zwischen den Arbeitsvermittlern der ARGE und den getrennten Trägerschaften auf der einen Seite und Betrieben sowie 1-Euro-Jobbern auf der anderen Seite? Wenn ja, wie häufig sind die Kontakte und was ist Ziel und Inhalt der Kontakte?

(5) Wird in Wuppertal ein „Einzelfall.Monitoring“ der Zusatzjobber und der Betriebe durchgeführt? (ein solches Monitoring könnte zuverlässig den Missbrauch von sozialen Arbeitsgelegenheiten aufdecken)

(6) Welche Instrumente der Arbeitsvermittlung nutzt die ARGE, um mit dem Instrument der sozialen Arbeitsgelegenheit individuelle Hemmnisse für den erfolgreichen Übergang in den ersten Arbeitsmarkt zu identifizieren und abzubauen? Wie häufig werden die Instrumente genutzt und wie erfolgreich sind sie im Hinblick auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt?

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Henke
– Fraktionsvorsitzender –